Antrag V11: Die größte humanitäre Katastrophe der Welt stoppen. – Solidarität mit den Menschen im Sudan!

Laufende Nummer: 51

Antragsteller*in:	Laura Hollerweger, Alexander Schiller, Aylin Zara Krüger, David Distel
Status:	angenommen
Verfahrensvorschlag:	Abstimmung
Tagesordnungspunkt:	V - TOP 14 – Verschiedene Anträge
Antrag V11 Abstimmung	Ja: Mehrheit

Dieser Antrag baut auf dem Beschluss “A-9 Unsichtbarer Konflikt - Die humanitäre Krise im Sudan” des 1. Länderrat 2025 vom 05.07.2025 auf. Wir bestärken die darin gestellten Forderungen und ergänzen sie.

Sudan: Die größte humanitäre Katastrophe der Welt

Der Krieg im Sudan ist auch Resultat (post-)kolonialer Einflussnahme: Ab 1821 unterwarf die osmanisch-ägyptische Herrschaft das Land, von 1898 bis 1856 regierte Großbritannien es defacto als Kolonie und richteten die Wirtschaft auf den Baumwollexport aus, wofür sie Zentrum und Peripherie bewusst getrennt verwalteten; Eine Spaltung, die den Konflikt bis heute prägt.

Auch nach seiner Unabhängigkeit blieb der Sudan Spielfeld imperialistischer Mächte, etwa des russischen “Africa Corps” (früher bekannt als “Gruppe Wagner”), der sich Zugang zu den vielen Goldminen des Landes sicherte. Heute ringen die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE), Saudi-Arabien, Ägypten, Russland und andere um Einfluss, Rohstoffe und Zugang zum Roten Meer. Die Kriegsparteien können ihren Krieg auch deshalb führen, weil andere Staaten ihn befeuern.

Dieser äußerst brutale Krieg herrscht seit April 2023 im Sudan und findet dabei kaum internationale und mediale Aufmerksamkeit. Kämpfe zwischen der sudanesischen Armee (Sudanese Armed Forces, SAF) unter der Führung von General Abdel Fattah al-Burhan und der paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) unter Mohammed Hamdan Dagalo haben das Land in eine humanitäre Katastrophe gestürzt. Was als Machtkampf zwischen zwei rivalisierenden Militärfraktionen begann, hat sich zu einem verheerenden, komplexen und langanhaltenden Konflikt entwickelt, in dem Millionen Zivilist:innen enormen Leid ausgesetzt sind und Zehntausende ums Leben gekommen sind.

Besonders betroffen sind die Städte Khartum, Nyala, El Geneina und andere urbane Zentren, die systematisch zerstört wurden. Ganze Stadtviertel liegen in Trümmern, Krankenhäuser und humanitäre Einrichtungen wurden geplündert oder bombardiert. Die Strom- und Wasserversorgung ist in vielen Regionen zusammengebrochen. Außerdem gibt es kaum noch medizinische Versorgung, da die Krankenhäuser zerstört wurden.

Besonders erschütternd ist die Gewalt, die gezielt gegen die Zivilbevölkerung verübt wird. Die RSF wird für zahlreiche Kriegsverbrechen verantwortlich gemacht, darunter ethnische Säuberungen gegen nicht-arabische Bevölkerungsgruppen insbesondere in der

Region Darfur, Massenvergewaltigungen, Verschleppungen und außergerichtliche Hinrichtungen. In West-Darfur sprechen Beobachter:innen von einem systematischen Genozid gegen die Masalit-Bevölkerung. Alleine in El-Geneina wurden Tausende ermordet und Hunderttausende ins Nachbarland Tschad vertrieben. Doch das war erst eines von mehreren Kriegsverbrechen seit Kriegsausbruch. Im Oktober 2025 verübten die RSF massive Kriegsverbrechen in der Stadt El-Fasher. Ein UN-Bericht aus dem Januar 2026 wertet auch dieses Massaker als ”genozidales Vorgehen”. Ganz akut belagert die RSF-Miliz die Stadt El-Obeid und hat einen Erdwall rund um die Stadt aufgeschüttet.

Medienberichte deuten darauf hin, dass sich die Kriegsverbrechen, die die RSF-Miliz im Oktober 2025 rund um die Stadt Al-Faschir und Al- Geneina verübt hat, möglicherweise in den nächsten Wochen rund um die Stadt Al-Obeid, die nun ebenfalls von der RSF-Miliz belagert wird, wiederholen könnten. Hier muss sich Deutschland für eine internationale Truppe zur Friedenssicherung einsetzen. Damit schließen wir uns der Forderung von Amnesty International an.

Sexualisierte Gewalt wird im Sudan gezielt als Kriegswaffe eingesetzt, um die Zivilbevölkerung zu terrorisieren und zu vertreiben. Laut UN sind mehr als zwölf Millionen Frauen und Mädchen davon bedroht. Wie viele tatsächlich betroffen sind, lässt sich kaum erfassen, weil viele Taten aus Angst vor Stigmatisierung nie gemeldet werden. Die meisten dokumentierten Taten gehen auf die RSF und verbündete Milizen zurück. Oft richten sie sich gezielt gegen nicht-arabische Bevölkerungsgruppen in Darfur und reichen bis zu sexueller Sklaverei. Die UN-Fact-Finding-Mission wertet dies als Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Auch die sudanesische Armee begeht schwere Menschenrechtsverletzungen, darunter Luftangriffe auf bewohnte Gebiete und die Rekrutierung von Kindersoldaten, obwohl sie sich nach dem öffentlichen Aufschrei nach den Gräueltaten von Al-Fasher noch gegenüber der Weltöffentlichkeit als Schutzmacht der Zivilbevölkerung darstellen wollten. Viele Kriegsverbrechen sind dokumentiert: Die Verfolgung von Zivilisten nach Gebietseroberungen, gezielte Bombardierungen von belebten Plätzen und Krankenhäusern, teilweise haben ihre Verbrechen auch eine ethnische Dimension.

Die SAF wird von vielen verschiedenen Staaten aus der Region unterstützt, wie zum Beispiel Ägypten und Saudi-Arabien. Deutschland muss diplomatisch auf diese Staaten einwirken.

Rund 10 Millionen Menschen sind inzwischen auf der Flucht – einige davon innerhalb des Landes, andere in Nachbarstaaten wie dem Tschad, dem Südsudan und Ägypten. Die Lage in den überfüllten Flüchtlingslagern ist katastrophal: Es fehlt an Nahrung, sauberem Wasser, medizinischer Versorgung und Sicherheit. Gleichzeitig ist der Zugang für internationale humanitäre Hilfe extrem eingeschränkt – oft werden Hilfskonvois gezielt angegriffen oder blockiert.

Trotz dieser dramatischen Lage bleibt die internationale Reaktion erschreckend zögerlich. Der Krieg im Sudan zählt als größte humanitäre Krise der Gegenwart, findet aber kaum mediale oder politische Aufmerksamkeit. Internationale Vermittlungsbemühungen bleiben wirkungslos, und der politische Druck auf die Kriegsparteien ist minimal. Auch Deutschland und die EU werden ihrer Verantwortung

bislang nicht gerecht. Während Waffen weiterhin in die Region gelangen, – teils über Drittstaaten – fehlt es an gezielter humanitärer Unterstützung, politischem Engagement und klarer Verurteilung der Kriegsverbrechen.

Laut Berichten des „Spiegel“ gibt es Anhaltspunkte dafür, dass deutsche Waffen im Sudankrieg von den RSF eingesetzt werden. Bei der Frage, wie diese Waffen in den Sudan kommen, geraten schnell die Waffenlieferungen der deutschen Regierung an die Vereinigten Arabischen Emirate in den Blick, die unter Beobachtern als größte Unterstützer der Rapid Support Forces gelten. Nach einer kleinen Anfrage der Linksfraktion im Bundestag wurden seit 2023 Rüstungsgüter im Wert von rund 245 Millionen € an die VAE verkauft. Deutschland muss hier Position beziehen, Waffenlieferungen stoppen und Sanktionen gegen die Vereinigten Arabischen Emirate einleiten.

Darüber hinaus stehen wir als GRÜNE JUGEND jeglicher „Sportswashing“- ähnlichen Zusammenarbeit europäischer Sportvereinen und -ligen mit Staatsunternehmen der Vereinigten Arabischen Emirate (wie „Emirates“) kritisch gegenüber.

Goldhandel

Der Krieg im Sudan wird mit Gold bezahlt. Beide Kriegsparteien finanzieren ihn mit den Erlösen aus dem Goldhandel. Die RSF hat sich 2017 die Mine Jebel Amer angeeignet. Seitdem sind Abbau und Export von Gold eine zentrale Einnahmequelle für die RSF. Ein Großteil des Goldes landet in den Vereinigten Arabischen Emiraten. Nach Berechnungen von Swissaid importierten die VAE 2024 29 Tonnen Gold direkt aus dem Sudan, nach 17 Tonnen im Vorjahr. Weitere Mengen kamen über Tschad und Libyen, die als Ausfuhrkorridore der RSF gelten. Die SAF hat ihre Goldexporte seit Kriegsbeginn vor allem nach Ägypten verlagert. Wir begrüßen, dass die EU im Juli 2026 Kauf, Import und Weitergabe von sudanesischem Gold verboten und die Ausfuhr von Quecksilber und Cyanid für den Goldabbau untersagt hat. Ein solches Verbot bleibt aber wirkungslos, solange große Handelsplätze wie Dubai das Gold weiter in den Weltmarkt einschleusen.

Stabilität schaffen

Deutschland muss seine diplomatische Verantwortung wahrnehmen und sich mit aller Kraft für ein Ende der Gewalt im Sudan einsetzen. Gemeinsam mit der Afrikanischen Union, der IGAD (Zwischenstaatliche Entwicklungsbehörde Ostafrikas) und den Vereinten Nationen soll sich die Bundesregierung aktiv für einen sofortigen Waffenstillstand stark machen. Dieser muss durch unabhängige internationale Mechanismen überwacht und begleitet werden, um erneute Eskalationen zu verhindern.

Zudem braucht es klare politische Konsequenzen. Auch wenn es von Deutschland schon ein Waffenembargo gegen alle am Konflikt beteiligten Akteure gibt, muss Deutschland sich im UN Sicherheitsrat für ein umfassendes Waffenembargo, sowohl gegen die sudanesische Armee (SAF) als auch gegen die paramilitärischen Rapid Support Forces (RSF) einsetzen. Die Bundesregierung muss sich für eine internationale Aufarbeitung einsetzen und dafür sorgen, dass Verbrechen wie ethnische Säuberungen, Massenvergewaltigungen und gezielte Angriffe auf die Zivilbevölkerung nicht straflos

bleiben. Parallel dazu soll sich Deutschland auf EU-Ebene für gezielte Sanktionen gegen Kriegsverantwortliche einsetzen.

Ein zentrales politisches Signal ist dabei die klare Unterstützung für eine zivil geführte Übergangsregierung im Sudan. Deutschland darf sich nicht mit symbolischen Gesten begnügen, sondern soll eine solche Regierung diplomatisch anerkennen, öffentlich unterstützen und konkret mit Ressourcen ausstatten – etwa durch institutionellen Aufbau, Beratung, Schutzmaßnahmen und finanzielle Hilfe.

Khartoum-Prozess aufarbeiten

Der Sudan ist nicht nur Herkunftsland von Schutzsuchenden. Er war auch Partner einer europäischen Abschottungspolitik, die die RSF gestärkt hat. Im November 2014 startete der Khartoum-Prozess, offiziell „EU-Horn of Africa Migration Route Initiative". Er knüpft Gelder an die Bereitschaft afrikanischer Staaten, Migration nach Europa zu unterbinden. Das zugehörige Programm „Better Migration Management" setzte die deutsche GIZ um, mit der sudanesischen Regierung als zentralem Partner. Den Grenzschutz übertrug Diktator Omar al-Bashir ausgerechnet der RSF. Ihr Anführer Hemedti prahlte öffentlich damit, im Auftrag der EU Geflüchtete an der Grenze zu Libyen festzusetzen. Die EU bestreitet bis heute, die RSF direkt finanziert zu haben. Erst im Juni 2019 setzte sie ihre Migrationsprojekte im Sudan vorerst aus, als die Repression zunahm. Diese Politik muss aufgearbeitet werden. Deutschland und die EU dürfen nie wieder Milizen zu Türstehern Europas machen.

Humanitäre Hilfe ausbauen

Um dem eskalierenden Leid im Sudan gerecht zu werden, fordern wir eine entschlossene humanitäre und politische Reaktion der Bundesregierung. Deutschland muss seine humanitäre Unterstützung für die sudanesische Zivilbevölkerung massiv ausbauen. Konkret fordern wir, die Hilfsleistungen auf mindestens 500 Millionen Euro jährlich aufzustocken. Diese Mittel sollen der akuten Nothilfe im Sudan selbst, der Versorgung von Geflüchteten in den Nachbarländern, sowie dem Wiederaufbau lebenswichtiger Infrastruktur zugutekommen.

Zudem braucht es einen besseren Zugang für humanitäre Organisationen, die häufig unter Lebensgefahr arbeiten. Deutschland muss sich diplomatisch dafür einsetzen, dass Hilfslieferungen durch die Einrichtung von humanitären Korridoren ungehindert die betroffenen Gebiete erreichen können.

Humanitäre Hilfe darf dabei niemals an politische Interessen oder migrationspolitische Erwägungen geknüpft sein. Die Menschen im Sudan haben ein Recht auf Schutz, Unterstützung und ein Leben in Würde – unabhängig davon, ob sie in der Region bleiben oder Zuflucht in Europa suchen. Wir fordern daher auch sichere und legale Fluchtwege für Schutzsuchende.

Ein kleiner Fortschritt aus dem April 2026 war die Sudan-Konferenz in Berlin, bei der

die teilnehmenden Staaten rund 1,3 Milliarden € humanitäre Hilfe für den Sudan zusagten. Alleine 230 Millionen € davon steuert die Bundesregierung bei, allerdings über einen Zeitraum von drei Jahren und nur teilweise direkt an den Sudan. Ein Großteil der Geldsumme fließt in Nachbarländer.

Diesen Beitrag begrüßen wir, allerdings kritisieren wir deutlich, dass die Haushaltsmittel für humanitäre Hilfe in den letzten Jahren von 3 Milliarden € auf etwa 1 Milliarde € verringert wurden.

Wenn auf der anderen Seite Millionen Menschen im Sudan hungern müssen, 40 % der lebensnotwendigen Gemeinschaftsküchen dort wegen Geldmangel schließen müssen und die UN nach der Sudan-Konferenz immer noch nur 17 % der benötigten Mittel für den UN-Hilfsaufruf zur Verfügung hatte, dann reicht das nicht aus und gefährdet Menschenleben.

Schutz gewährleisten

Deutschland muss denjenigen Schutz bieten, die im Sudan besonders gefährdet sind. Es braucht ein humanitäres Aufnahmeprogramm für mindestens 1 000 besonders schutzbedürftige Menschen – darunter Aktivist:innen, Journalist:innen, queere Personen sowie Überlebende sexualisierter Gewalt. Die Verfahren zur Einreise und Visavergabe müssen dabei schnell, sicher und unbürokratisch gestaltet werden. In einer Situation, in der jede Verzögerung lebensgefährlich sein kann, dürfen Schutzsuchende nicht durch übermäßige Bürokratie oder langwierige Verfahren daran gehindert werden, in Sicherheit zu gelangen.

Darüber hinaus braucht es ein sofortiges und dauerhaftes Abschiebemoratorium für sudanesische Staatsangehörige. Niemand darf in ein Land zurückgeschickt werden, in dem bewaffnete Konflikte, staatliche Gewalt, Hunger und massive Unsicherheit herrschen. Auch die Dublin-Verfahren müssen ausgesetzt werden, denn sie verhindern Integration und führen teilweise zu Abschiebungen in Länder, die keinen ausreichenden Schutz gewährleisten können.

Als GRÜNE JUGEND stehen wir solidarisch an der Seite der sudanesischen Bevölkerung und fordern deshalb jetzt:

- Stopp aller Waffenlieferungen bei denen es Hinweise auf Einsatz im Sudan-Krieg gibt, insbesondere an die Vereinigten Arabischen Emirate (VAE)
- Solidarität mit der sudanesischen Demokratie-Bewegung, die insbesondere 2019 mutig auf die Straßen gegangen ist und nun in "Emergency Response Rooms" die Versorgung hunderttausender Menschen organisiert
- Mehr Aufmerksamkeit für die humanitäre Katastrophe im Sudan, wofür wir nach Möglichkeit auch selbst auf den Diskurs einwirken und unseren Mitgliedern Bildungsarbeit zu dem Thema anbieten wollen, sowie uns bei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und der Federation of Young European Greens (fyeg) dafür einsetzen wollen, dasselbe zu tun.

Außerdem bekräftigen wir unsere bisherigen Forderungen vom 1. Länderrat 2025:

- Aktives Eintreten der Bundesregierung für einen Waffenstillstand
- Initiative im UN-Sicherheitsrat für ein umfassendes Waffenembargo gegen alle an dem Konflikt beteiligten Kriegsparteien
- Einsatz auf EU-Ebene für gezielte Sanktionen gegen Kriegsverantwortliche
- Unterstützung für eine zivile Übergangsregierung
- Erhöhung der humanitären Hilfe auf mindestens 500 Millionen Euro jährlich
- Diplomatischer Einsatz für sicheren und ungehinderten Zugang humanitärer
- Hilfe in alle betroffenen Gebiete
- Auflegung eines humanitären Aufnahmeprogramms für mindestens 1.000 besonders schutzbedürftige Menschen Unbürokratische und schnelle Visavergabe Einführung eines Abschiebestopps für sudanesische Staatsangehörige
- Aussetzung der Dublin-Verfahren für Schutzsuchende aus dem Sudan

Antrag in Einfacher Sprache

Hier ist die Übersetzung des Textes in Leichte Sprache:

Dieser Antrag baut auf einem früheren Beschluss auf

Der Antrag bezieht sich auf einen alten Beschluss.

Der Beschluss hieß: “A-9 Unsichtbarer Konflikt - Die humanitäre Krise im Sudan”.

Den Beschluss gab es am 1. Länderrat 2025 am 05. Juli 2025.

Wir unterstützen die Forderungen aus dem alten Beschluss.

Wir ergänzen die Forderungen mit neuen Ideen.

Sudan: Die größte humanitäre Katastrophe der Welt

Im Sudan gibt es einen schlimmen Krieg.

Die Menschen leiden sehr darunter.

Viele Länder haben den Sudan früher beeinflusst.

Vor langer Zeit haben Osmanen und Ägypter das Land beherrscht.

Später wurde Sudan eine Kolonie von Großbritannien.

Briten haben nur Baumwolle angebaut und das Land geteilt.

Diese Teilung sorgt bis heute für Streit.

Auch nach der Unabhängigkeit gab es Einfluss von anderen Ländern.

Heute kämpfen viele Länder wie Russland, Saudi-Arabien und Ägypten um Rohstoffe im Sudan.

Die Kriegsparteien bekommen Unterstützung von anderen Ländern.

Seit April 2023 gibt es den Krieg.

Die Welt hört wenig darüber.

Die sudanesische Armee und die RSF kämpfen gegeneinander.

Die Anführer heißen Abdel Fattah al-Burhan (Armee) und Mohammed Hamdan Dagalo (RSF).

Das Land ist dadurch in eine Katastrophe geraten.

Viele Menschen sterben.

Viele Städte wie Khartum, Nyala und El Geneina sind stark zerstört.

Häuser sind kaputt.

Krankenhäuser sind geplündert oder bombardiert.

Strom und Wasser funktionieren oft nicht mehr.

Es gibt kaum noch medizinische Hilfe.

Gewalt gegen Menschen im Sudan

Die RSF begeht viele Verbrechen im Krieg.

Sie greifen Zivilisten an.

Sie machen ethnische Säuberungen: Das bedeutet, Menschen einer bestimmten Gruppe werden vertrieben oder getötet.

Viele Frauen und Mädchen erleben Gewalt.

Auch andere Verbrechen passieren: Hinrichtungen und Verschleppungen.

In mehreren Städten wurden Tausende getötet.

Viele mussten in andere Länder fliehen.

Beobachter sagen: Es gibt einen Genozid gegen eine Volksgruppe in Darfur (die Masalit).

UN-Berichte sagen: Die Verbrechen sind wie ein Genozid.

Die RSF-Miliz belagert gerade die Stadt El-Obeid.

Man befürchtet neue Verbrechen.

Deutschland soll helfen und eine internationale Truppe für Friedenssicherung fordern.

Wir unterstützen die Forderung von Amnesty International.

Sexualisierte Gewalt im Krieg

Im Sudan wird Gewalt gegen Frauen und Mädchen als Kriegswaffe genutzt.

Über 12 Millionen Frauen und Mädchen sind bedroht.

Die meisten Verbrechen machen die RSF und verbündete Gruppen.

Die Gewalt richtet sich oft gegen nicht-arabische Gruppen.

Viele Betroffene trauen sich nicht, die Taten zu melden.

Die UN sagt: Das sind Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Schwere Verbrechen der sudanesischen Armee (SAF)

Auch die Armee macht schlimme Verbrechen.

Dazu gehören Angriffe mit Flugzeugen auf bewohnte Gebiete.

Sie holen Kinder als Soldaten.

Sie geben sich als Schutz für die Bevölkerung aus, machen aber Verbrechen.

Nach Gebiets-Eroberungen werden Zivilisten verfolgt.

Krankenhäuser und Plätze werden bombardiert.

Manchmal spielt die Herkunft der Menschen eine Rolle.

Viele Länder wie Ägypten und Saudi-Arabien unterstützen die sudanesische Armee.

Deutschland soll mit diesen Ländern sprechen.

Flucht und schlechte Lage in Flüchtlingslagern

Im Sudan sind etwa 10 Millionen Menschen auf der Flucht.

Einige fliehen ins Ausland, andere bleiben im Land.

Die Lage in den Flüchtlingslagern ist schlimm.

Oft gibt es kein Essen, kein sauberes Wasser, keine Medikamente und keine Sicherheit.

Internationale Hilfe kommt kaum an.

Hilfslieferungen werden oft angegriffen oder blockiert.

Internationale Hilfe ist zu langsam

Der Krieg im Sudan ist die schlimmste Krise der Welt.

Aber die Welt kümmert sich wenig darum.

Die Vermittlung zwischen den Kriegsparteien klappt nicht.

Deutschland und die EU helfen noch nicht genug.

Waffen werden weiter geliefert.

Es fehlt an politischer Unterstützung und Hilfe.

Es werden fast keine Kriegsverbrechen verurteilt.

Auch deutsche Waffen werden im Sudan benutzt.

Sie gelangen oft über andere Länder in den Sudan.

Deutschland muss Waffenlieferungen stoppen.

Deutschland soll Sanktionen (Strafen) gegen Länder wie die Vereinigten Arabischen Emirate machen.

Sportswashing

Wir (GRÜNE JUGEND) sind gegen Zusammenarbeit von Sportvereinen mit Unternehmen aus

den Vereinigten Arabischen Emiraten.

Goldhandel

Der Krieg im Sudan wird mit Gold bezahlt.

Beide Seiten verkaufen Gold und bekommen Geld dafür.

Ein großer Teil des Goldes geht in die Vereinigten Arabischen Emirate.

Weitere Goldmengen gehen über andere Länder.

Ein Teil des Goldes geht nach Ägypten.

Die EU hat den Handel mit Gold aus dem Sudan verboten.

Das Verbot funktioniert nur, wenn große Länder wie Dubai das Gold nicht mehr weiter verkaufen.

Stabilität schaffen (Frieden herstellen)

Deutschland soll sich dafür einsetzen, dass der Krieg im Sudan endet.

Die Regierung soll mit Afrika-Organisationen und der UN für einen Waffenstillstand sorgen.

Der Waffenstillstand muss von unabhängigen Stellen überwacht werden.

Deutschland soll im UN-Sicherheitsrat ein Waffenembargo gegen alle Kriegsparteien verlangen.

Deutschland muss sich für die Bestrafung von Kriegsverbrechen einsetzen.

Es soll auch Sanktionen gegen Verantwortliche geben.

Deutschland soll eine zivile Übergangsregierung unterstützen.

Dazu gehören Aufbau, Beratung und finanzielle Hilfe.

Khartoum-Prozess aufarbeiten

Der Sudan war Partner für die EU-Migrationspolitik.

Das bedeutet: Der Sudan sollte Flüchtlinge daran hindern, nach Europa zu kommen.

Dafür bekam die sudanesische Regierung Geld.

Die RSF hat den Grenzschutz übernommen.

Ihr Anführer sagte, sie halten Flüchtlinge auf.

Die EU sagt, sie habe die RSF nicht direkt unterstützt.

Die Politik muss geprüft werden.

Milizen dürfen nie wieder für die EU arbeiten.

Humanitäre Hilfe ausbauen

Deutschland soll mehr helfen.

Die humanitäre Hilfe muss auf mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr erhöht werden.

Die Hilfe soll im Sudan und in Nachbarländern ankommen.

Es braucht besseren Zugang für Hilfsorganisationen.

Humanitäre Hilfe darf nicht an politische Interessen gebunden sein.

Menschen sollen sicher fliehen können.

Deutschland hat auf einer Konferenz im April 2026 Geld zugesagt, aber auch gekürzt.

Viele Menschen im Sudan haben zu wenig Essen.

Gemeinschaftsküchen schließen, weil das Geld fehlt.

Es fehlt noch an Hilfsgeldern.

Schutz gewährleisten

Deutschland soll gefährdeten Menschen Schutz bieten.

Es soll ein Programm für mindestens 1.000 besonders gefährdete Menschen geben.

Das sind zum Beispiel Aktivist:innen, Journalist:innen, queere Menschen und Opfer von Gewalt.

Die Einreise und Visa sollen schnell und einfach sein.

Es soll keine Abschiebungen in den Sudan geben.

Auch das Dublin-Verfahren (Abschiebung in andere EU-Länder) soll ausgesetzt werden.

Forderungen der GRÜNEN JUGEND:

Wir fordern jetzt:

- Stopp aller Waffenlieferungen, die im Sudan-Krieg benutzt werden
- Solidarität mit der Demokratie-Bewegung im Sudan
- Mehr Aufmerksamkeit für die Katastrophe im Sudan
- Bildungsangebote für unsere Mitglieder und andere
- Einsatz bei Bündnis 90 / DIE GRÜNEN und der Federation of Young European Greens

Wir bekräftigen unsere alten Forderungen:

- Die Bundesregierung soll für einen Waffenstillstand eintreten.
- Initiative für ein Waffenembargo bei der UN.
- Einsatz für Sanktionen gegen Verantwortliche auf EU-Ebene.
- Unterstützung für eine zivile Übergangsregierung.
- Mehr humanitäre Hilfe (mindestens 500 Millionen Euro pro Jahr).
- Besserer Zugang für humanitäre Hilfe in alle betroffenen Gebiete.
- Aufnahmeprogramm für mindestens 1.000 besonders schutzbedürftige Menschen.
- Schnelle und einfache Visavergabe.
- Stopp von Abschiebungen in den Sudan.

- Aussetzung des Dublin-Verfahrens für Sudan-Flüchtlinge.

Begründung

erfolgt mündlich.

Antragsteller*innen: Laura Hollerweger (LV Bremen, KV Bremen), Alexander Schiller (LV Bayern, KV München), Aylin Krüger (LV Bayern, KV München), David Distel (LV Bayern, KV München)